

Quo vadis, Russland?

Autor(en): **Schafranek, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 04

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-284>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Quo vadis, Russland?

—
Wohin steuert Russland? – Eine ebenso schwierige wie wichtige Frage für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa und in der Welt.

Kein anderes Ereignis seit Bestehen der Russischen Föderation hat das Verhältnis Russlands zum Westen so stark beeinträchtigt, wie der Augustkrieg 2008 in Georgien. Die Analyse der Aktivitäten Russlands nach dem Krieg und die Betrachtung einiger Konsequenzen für den Westen erlauben, erste, noch unvollständige Antworten auf die Frage nach dem künftigen Kurs Russlands, des unverzichtbaren strategischen Partners des Westens.

Peter Schafrank

Brigadegeneral aD der Bundeswehr ; 2002-2005 deutscher Verteidigungsattaché in Russland, Armenien, Aserbaidschan und Turkmenistan, mit Sitz in Moskau; zuvor mehrere Jahre Leiter der Militärischen Auswertung im Bundesnachrichtendienst (BND) ; Neisser Weg 1, D-53340 Meckenheim, Deutschland ; E-mail : p.schafrank@web.de

1. Russland – ein Mysterium?

Quo vadis, Russland? Das ist eine anspruchsvolle und wohl auch eine der schwierigsten Fragen nicht nur des jetzigen Jahrhunderts. Welcher Politiker wüsste nicht gern die Antwort? Es gibt, gerade in Deutschland, fast täglich neue Bücher über Russland, Zeitungsartikel, Diskussionsrunden, Berichte und Filme im Fernsehen, sowie Chats im Internet. Wir müssten also eigentlich gut Bescheid wissen.

Und dennoch gilt immer noch das berühmte Wort von Churchill von 1940: «Die Zukunft Russlands vermag ich nicht vorauszusagen. Es ist ein Rätsel in einem Mysterium in Dunkel gehüllt. Das einzige Leitprinzip ist das nationale Interesse Russlands.» Oder wie der deutsche Philosoph Rüdiger Safranski sagt: «Russland war immer eine Sphinx, rätselhaft, bedrohlich, verheissungsvoll.»^[1] Oder die Aussage von Napoleon, der ja Russland selbst kennen gelernt hat und vom «gewaltigen Eigengewicht» als dem dominanten Faktor sprach.

Aus heutiger Sicht kann man noch hinzufügen: Russland hat ein Imperium verloren, aber seine aussenpolitische Rolle noch nicht gefunden. Es erweckt den Anschein, als ob das Land noch immer die angeblichen Errungenschaften der Sowjetunion verteidige oder sie zumindest wiederherstellen möchte.

Erschwert wird die Beurteilung von Lage und Entwicklung Russlands dadurch, dass die ganze Welt sich in einem rasanten Wandel befindet.

In vielen Bereichen, nicht nur in Politik, Ökonomie und Ökologie vollziehen sich gewaltige Veränderungen. Die Globalisierung, die Finanz- und Wirtschaftskrise haben die nationalen Grenzen relativiert. Umso mehr ist die Betrachtung dieses grossen Nachbarn der Europäischen Union (EU) und Europas nicht nur interessant, sondern für viele existenziell wichtig.

Wir dürfen nicht vergessen, dass auch russische Aussenpolitik nicht nur aus Aktion, sondern aus Reaktion besteht, dass also die Entwicklung auch vom Westen mit beeinflusst wird. So wartet die russische Führung mit spürbarer Ungeduld auf die Konkretisierung des aussenpolitischen Konzepts der neuen US-Administration, das bei der 45. Münchner Sicherheitskonferenz am 7. Februar 2009 von Vizepräsident Biden nur skizziert wurde. Zu beachten ist ferner, dass eine gegenseitige Abhängigkeit beider Seiten besteht, nicht nur in der oft beschworenen Problematik der Energieversorgung.

Bei der Behandlung dieses komplexen Themas ist es zweckmässig, Churchill folgend, von grundsätzlichen Zielen und vitalen nationalen Interessen Russlands auszugehen. Dann aber soll der *Schwerpunkt* auf aktuellen Betrachtungen zur russischen Politik in Bezug auf den Westen liegen. Damit wird die Umsetzung des Prinzipiellen in lebendige Praxis deutlich.

Als Ausgangspunkt bietet sich der russisch-georgische Krieg im August 2008 an, sowie die durch ihn entstandene Lage in den Beziehungen des Westens zu Russland. Hier wurden die Positionen und Zusammenhänge noch deutlicher, als bei dem um die Jahreswende ausgefochtenen Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine. Ein Konflikt, der mit Imageverlust beider Seiten endete, auch wenn der Auslöser mehr bei der Ukraine zu suchen war, Russland aber nicht besonders geschickt agierte.

Die Betrachtungen werden aus Raumgründen nur eine Skizze bleiben und doch dürften einige Geheimnisse des Sphinx Russland erkennbar werden.



[1]



[2]

2. Ziele und vitale nationale Interessen

Das oberste aussen- und sicherheitspolitische Ziel Russlands sind das Erringen eines Weltmachtstatus und die Respektierung durch die USA auf Augenhöhe. Putins allbekanntes Wort vom Zerfall der Sowjetunion als der «grössten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts» widerspiegelt die Gefühle der meisten Russen und weist auf die Richtung der angestrebten Entwicklung (Sowjetnostalgie) hin.

Auch wenn die russische Führung die Zugehörigkeit zu Europa unterstreicht, Europa die Hand reicht (z.B. Putin 2001 in Berlin oder Medwedew 2008 in Berlin), bleiben die USA, der mächtigste Staat der Welt, der entscheidende Massstab für russische Politiker. Diese USA werden zudem oft als Ursache der eingebildeten Zweitklassigkeit des russischen Durchschnittsbürgers dargestellt.[2]

Das oberste innenpolitische Ziel ist das Bewahren der nationalen Einheit, der Stabilität und der staatlichen Ordnung durch Stärkung der Sicherheitskräfte und Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus, Islamismus und aller zentrifugalen Kräfte in diesem riesigen Land (50 Mal grösser als Deutschland). Russland sucht nicht den Weg der westlichen Demokratien, sondern einen eigenen, russischen Weg – den man von aussen nur begrenzt beeinflussen kann. Die im Westen geschätzten Freiheiten haben in Russland – das zeigen alle Umfragen[3] – einen anderen, geringeren Stellenwert. Das sollte die Politik im Westen nicht unterschätzen – zumindest hier haben die «Russlandexperten» Recht.

Beide Ziele sind in einem engen Zusammenhang zu betrachten: so sind z.B. viele aussenpolitische Aktivitäten an das innenpolitische Publikum gerichtet. Deshalb sind die Aussagen russischer Politiker im In- und Ausland unterschiedlich zu lesen.

Vitale nationale Interessen :

- Wirtschaftswachstum
- starke Positionen in der Welt
- Schutz russischer Staatsbürger im Ausland
- Abwehr einer demografischen Katastrophe
- Sicherheit und Ordnung
- Einflussnahme als global player

- unverzichtbare Nation
- Neutralisieren gefährlicher Umgebung
- Verbesserung sozialer Lage
- Vermeiden von Abhängigkeiten
- Dominanz im postsozialistischen Raum
- Nationalisierung von Ressourcen
- Machterhalt der politischen Elite

[3]

[1] In «Das philosophische Quartett», TV-«Phönix» am 9.11.2008.
 [2] Die Ausrichtung auf die USA schenkt allen Beteiligten Zeit bis zur vollen Funktionsfähigkeit der neuen US-Administration im Sommer 2009. Sie kann genutzt werden, um die Lösung vieler strittiger Fragen und dringender Probleme zu fördern: START-Vertrag, KSE-Vertrag, Antiraketenschirm, Sicherheitsarchitektur. Russland setzt große Hoffnungen auf den neuen US-Präsidenten, wie Putin und Medwedew wiederholt öffentlich bekunden.
 [3] Vgl. zuletzt umfangreiche Analysen der Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach und Lewada-Institutes in Moskau, veröffentlicht im «Rheinischen Merkur», Nr. 48 vom 27. November 2008.

[1] Quo vadis Russland? Aufbau des Aufsatzes
 [2] Ziele Russlands
 [3] Vitale nationale Interessen

Diesen Zielen sind die anderen vitalen nationalen Interessen untergeordnet. Im Wesentlichen sind das:

- Sicherstellung von wirtschaftlichem Wachstum als Grundlage für dringend notwendige Modernisierung von Gesundheits- und Bildungswesen, sowie Aufholen des Rückstandes im Bereich der Infrastruktur.
- Behauptung russischer Interessen in bilateralen Beziehungen und in allen internationalen Institutionen. Dabei folgt man auch altsowjetischen Mustern von Einflussosphären, Kräftekoalitionen, Teilen und Herrschen und Nullsummen-Spielen.
- Schutz des Lebens und der Würde russischer Staatsbürger im Ausland (25 Millionen) – zuletzt angewendet beim Einmarsch in Georgien.
- Abschwächen der katastrophalen Folgen der trostlosen demografischen Entwicklung – jedes Jahr schmilzt die russisch-ethnische Bevölkerung um ca. eine Million, während die muslimische Bevölkerung expandiert.
- Bekämpfung der Kriminalität, Korruption und überbordender Bürokratie, sowie, neu nach Medwedew, des Rechtsnihilismus.
- Einflussnahme auf Entwicklungen in Europa und der Welt – auch mit den Mitteln der Spaltung, des Auseinanderdividierens von Partnern, sowie Bereitschaft zum Einsatz von Energie- und Rohstoffressourcen als politischen Waffen.
- Beitrag zur Lösung internationaler Probleme. Dies im Sinne der Unverzichtbarkeit, das heisst, dass kein wesentliches Problem auf internationaler Ebene ohne Russland zu lösen sein darf.
- Ausbruch aus der gefühlten Umzingelung durch die USA und den Westen, dabei Verhinderung der Osterweiterung der NATO und westlicher Stützpunkte in Zentralasien.
- Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung, um damit zur Akzeptanz des politischen Systems durch das Volk beizutragen.
- Vermeiden von Abhängigkeiten von anderen und Verstärken von Abhängigkeiten anderer von Russland z.B. Energieversorgung.
- Sicherstellen der Dominanz im postsowjetischen Raum.
- Bewahrung der natürlichen Ressourcen und strategischer Wirtschaftsbereiche in nationaler Hand, sowie Aufholen des technologischen Rückstandes zum Westen.
- Sicherung der Macht, des Einflusses und des Vermögens der herrschenden Gruppierungen, sowie Wahrung der Balance konkurrierender Clans in der politischen Elite.

Die Ziele und Interessen, die nicht immer im Einklang miteinander stehen, werden mit Entschlossenheit, teilweise Sturheit, gern mit Drohungen, aber auch mit Angeboten und mit Pragmatismus und jedenfalls mit hohem Selbstbewusstsein der Agierenden verfolgt.

Als Grundlage für das selbstbewusste, manchmal derbe Auftreten der russischen Führer und Repräsentanten dient die Überzeugung, die mehrheitlich zu Recht auch im Westen geteilt wird, dass man in Europa Wohlstand, Frieden und Sicherheit nur mit und nicht gegen Russland aufrechterhalten kann.

Je nach Lageentwicklung ändern sich auch die Prioritäten, zur Zeit z. B. dominiert die Sorge, wie man mit den drastischen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise fertig wird. Notwendige Reformen werden verschoben oder verlangsamt, weil das Geld für Rettungsmassnahmen in Wirtschaft, Industrie und Banken eingesetzt werden muss.

Andererseits wird aber deutlich, dass ...

... es der russischen Führung nicht gleichgültig ist, was die internationale Gemeinschaft von ihren Aktivitäten hält.

Das erleichtert hier und da das Verständnis ihres Vorgehens. Manchmal macht sie Fehler, wie beim Einmarsch in Georgien, manchmal steht sie hilflos vor in der Tat problematischen Aktionen des Westens, wie beispielsweise bei der Unabhängigkeit des Kosovo.

Eines darf nicht vergessen werden: Russland befindet sich immer noch auf der Suche nach seiner Identität. Es durchläuft einen komplexen dreifachen Transformationsprozess: von der Diktatur zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und vom Imperium zum normalen Staat.^[4] Wir müssen Russland Zeit lassen und Geduld haben bei der aktiven und, wo erwünscht, helfenden Begleitung der Prozesse. Bereits im jetzigen Stadium seines schwierigen Weges hat es für die zurückgelegte Strecke Respekt und Anerkennung ebenso verdient wie Wohlwollen für die künftigen Etappen.

3. Zwischen Skepsis und Zuversicht

Selbst die umfangreiche Untersuchung «Global Trends 2025» des National Intelligence Council der USA scheut eine konkrete Prognose. Sie spricht von einer «grossen Bandbreite der Zukunft Russlands» wegen der «stark divergierenden Kräfte: liberale wirtschaftliche Trends und illiberale politische Trends.» So wahr diese Feststellung der widerstreitenden Trends ist, für die Frage «Quo vadis Russland?» ist sie nur begrenzt hilfreich. So bleibt es schwierig und dem Einzelnen überlassen, die weitere Entwicklung einzuschätzen. Eine fast sportliche Herausforderung.

Neben den bedrängenden Aspekten, die in den beschriebenen vitalen nationalen Interessen zum Ausdruck kommen, sind einige wichtige und aktuell belastende Einflussfaktoren deutlich erkennbar: sinkende Preise für Energieressourcen, die Russland besonders hart treffende globale Finanz- und Wirtschaftskrise, beachtliche Inflation von 13 Prozent, rasch dahin schmelzende Währungsreserven, Einbrüche bei den Staatsfinanzen, Kapitalabfluss, steigende Arbeitslosigkeit und damit sich abzeichnende Gefahr von sozialen Unruhen (bei einer Zustimmungsrate zu Putin von 83 Prozent kann allerdings bei den neulich stattgefundenen Demonstrationen von einer Gefährdung des Systems nicht gesprochen werden), zunehmender Zwang, die Wirtschaft zu diversifizieren, die Infrastruktur zu modernisieren, die Rechtstaatlichkeit auszubauen und die durch die angekündigte grosse Reform der Streitkräfte hervorgerufene Unruhe zu dämpfen (neben anderen «Grausamkeiten» allein die Entlassung von 200 000 Offizieren und 200 Generälen).^[5]

Ferner sind erkennbar: Die immer stärker wirkende Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft, der unerklärliche Verzicht auf die Entwicklung einer Zivilgesellschaft und auf den Ausbau demokratischer Institutionen und Verfahren, die zur Stabilisierung des politischen Systems auch in wirtschaftlich nicht so guten Zeiten enorm beitragen könnten.



[4]



[5]

Niemand weiss, ob in Krisenzeiten die zentrifugalen Kräfte wieder zunehmen werden,

ob der ungeschriebene Vertrag zwischen Führung und Volk hält – Loyalität und Verzicht auf Freiheiten gegen Wohlstand und Ordnung –, ob nicht doch der Westen wieder als Feindbild und Sündenbock erhalten muss, was wohl eine erneute Verhärtung der Beziehungen und Isolation Russlands und damit einen Modernisierungsstillstand zur Folge hätte. Niemand weiss ferner, ob das Führungsteam seine bisher insgesamt erfolgreiche Fahrt fortsetzen kann, oder ob durch ein Scheitern des von Putin dominierten Führungsduos eine Zeit der Wirren das Land lähmen wird. Schon die Erkenntnis, dass solche Gefahren drohen könnten, wäre ein erster Schritt und mit ein Grund zur Erhaltung der Stabilität. Der Worst case muss nicht zwingend eintreten.

Allem Anschein nach ist sich die russische Führung des Ernstes dieser Lage bewusst. Ein Indiz dafür ist die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten durch Verfassungsänderung. Man will Kontinuität und Stabilität sicherstellen, oder, wie die offizielle Begründung heisst, Voraussetzungen schaffen, um «wirkungsvoll die notwendigen Reformen durchsetzen zu können».

Dieser durchaus zweckmässige Schritt – abgesehen von seinem Zustandekommen – zeigt, dass es neben den belastenden Aspekten Umstände gibt, die auch Zuversicht begründen: Improvisationsvermögen, Opferbereitschaft und Geduld eines Volkes, das das brutale System des Kommunismus überlebt und bezwungen sowie den verheerenden 2. Weltkrieg massgeblich gewonnen hat. Es ist beachtlich, dass dieses Volk sein Imperium ohne Blutvergiessen zerfallen liess, etwas, was fast an ein Wunder grenzt.

Positiv zu werten ist ferner der Beginn der grossen Reform der Streitkräfte mit dem Abschied vom Massenheer, auch wenn innerer Widerstand und Geldmangel bremsend wirken.

Die geplanten essentiellen Veränderungen in Umfang und Struktur der Armee in nächster Zeit zeugen übrigens davon, dass die russische Führung in Wirklichkeit nicht an eine Bedrohung aus dem Westen glaubt – auch wenn sie aus innenpolitischen Gründen teilweise am Feindbild West festhält.

Russland verfügt über weitere Aktivposten: Der unermessliche Reichtum an Bodenschätzen, die Bereitschaft zur internationalen Kooperation und langjährige Zuverlässigkeit als Handelspartner des Westens, aber auch innenpolitisches Problembewusstsein und Entschlossenheit zur Problemlösung bei der politischen Führung, wenn auch nicht nach westlichen Kriterien und Erwartungen.

Der Glaube an Erfolg und Fortschritt könnte an Boden gewinnen, wenn es gelänge, jene Vorhaben konsequent zu realisieren, die in der ehrgeizigen «Agenda 2020» von Putin formuliert wurden und die Medwedew in vielen seiner beachtenswerten Reden beschreibt: Kampf gegen Korruption und Rechtsnihilismus, für mehr Freiheit für den Einzelnen und Modernisierung durch die bekannten «4 I», die für Institutionen, Innovation, Investition und Infrastruktur stehen.

[4] Alexander Rahr, Vortrag «Russland – Rivale, Konkurrent, Partner, Verbündeter in Europa?», gehalten auf dem Berliner Colloquium 2007 (Clausewitz – Gesellschaft) am 28.03.2007.

[5] Über die Notwendigkeit einer seit Jahren ausstehenden Reform und Reduzierung der Streitkräfte gibt es keinen Dissens. Die erhebliche Unruhe wird verursacht durch fehlende Transparenz über Ziele, Inhalte, Wege und Zeitabläufe. Sie wird verstärkt durch die Tatsache, dass weder in den Medien, noch in Gesellschaft oder Armee eine Diskussion darüber stattfindet. Grösste Besorgnis besteht in der Unklarheit über Arbeit, Lohn und Wohnung der zur Entlassung anstehenden Offiziere.

[4] Wohin geht Russland?

[5] Der Augustkrieg 2008

Zuversicht gewinnt auch schon allein, wer im verschneiten Moskau die russische Methode beobachtet, die Schneemassen mit Brachialgewalt, Raffinesse und durch massierten Einsatz von Räumbrigaden einfach weg zu transportieren.

Das Wissen um die Probleme und die Absicht, Ziele und Interessen umzusetzen bzw Erfahrungen zu nutzen, führen zu einem relativ hohen Mass an Kalkulierbarkeit der Politik der gegenwärtigen russischen Führung. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Aspekt!

Er ist hilfreich bei der Suche nach der Antwort des Westens auf die praktische Frage: Was tun?

4. Die Ausgangslage: Krieg in Georgien

Nach den bisher vorliegenden Informationen zum russisch-georgischen Krieg und der Zeit danach scheint die Erkenntnis richtig zu sein, dass die russische Führung sich in Georgien vergaloppiert und dies auch erkannt hat. Eine für westliche Beobachter unerklärliche, aber von Russland wohl erwartete Steilvorlage des georgischen Präsidenten am 8. August 2008 nutzend, hat die Übermacht der russischen Streitkräfte die georgische Armee geschlagen und Teile Georgiens besetzt. Die abtrünnigen Provinzen wurden von Russland als eigenständige Staaten anerkannt, mit denen ein Kooperationsvertrag geschlossen wurde. Dieser hat zur Stationierung von je 3800 russischen Soldaten geführt, sowie zur gemeinsamen Grenzsicherung nach Georgien. Die darauf erfolgten weltweiten diplomatisch-politischen Reaktionen haben der russischen Führung deutlich vor Augen geführt, dass der unverhältnismässige Gewalteininsatz und die groben Verstösse gegen das Völkerrecht in der ganzen Welt auf Unverständnis stiessen. Russland hat sich dadurch in eine Selbstisolation manövriert.

Nun versucht das russische Führungstandem unter Leitung von Putin den Schaden zu begrenzen und auf den Westen zuzugehen.

Am liebsten wäre es ihm, einen Schlusstrich zu ziehen und zum «normalen Geschäft» zurückzukehren – ohne allerdings Abchasien und Südossetien die Rückkehr zum Status quo ante zu erlauben (Gesichtswahrung).



[6]

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sorgt dafür, dass die wirtschaftlich stärksten Länder und die wichtigsten Schwellenländer zusammenrücken und andere Probleme in den Hintergrund drängen. Russland hat die Gelegenheit zur Kooperation genutzt und spielt konstruktiv mit, um guten Willen und Verantwortungsbewusstsein zu zeigen.

Darüber hinaus gibt es eine Fülle von Aktivitäten der russischen Führung, die zeigen, wie sehr ihr nach dem Ende des Krieges am Wiedergewinn des Vertrauens im Westen und an «normalen Beziehungen» gelegen ist.

5. Die Aktivitäten auf internationaler Bühne

Den Auftakt bildeten die versöhnlichen Signale während des deutsch-russischen Gipfels am 1./2. Oktober in St. Petersburg. Trotz unterschiedlicher Positionen zu Georgien wurden eine Innovationspartnerschaft sowie der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen vereinbart. Beide Seiten unterstrichen die Wichtigkeit des Dialogs auch in Krisenzeiten. Eine Fortsetzung in Richtung Versöhnung war auch der russisch-italienische Regierungsgipfel im November. Als gewisser Wendepunkt zur Verbesserung der Beziehungen kann der EU-Russland-Gipfel vom 14. November 2008 in Nizza angesehen werden. Präsident Medwedew dankte den Europäern und Präsident Sarkozy für ihren Beitrag zur Konfliktlösung. In Bezug auf die internationale Finanzkrise bezeichnete Nicolas Sarkozy die russischen Vorschläge als fachlich, finanz- und wirtschaftspolitisch von hoher Qualität. Beide Seiten stimmten überein, die ausgesetzten Verhandlungen zum wichtigen Partnerschaftsabkommen wieder aufzunehmen. Die dritte Runde fand am 13. Februar statt. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Abkommen noch dieses Jahr abgeschlossen wird.

Zu erwähnen sind ferner die ernsthaften und energischen Versuche Russlands, zwei eingefrorene geopolitische Konflikte auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen: Nagorny Karabach sowie Transnistrien. Präsident Medwedew hat beide Konflikte zur Chefsache erklärt und setzt sich intensiv für die Lösung ein. Die Medien berichten über mehrere Treffen mit politischen Führern aus den Konfliktgebieten. Man will demonstrieren, dass Russland auch ohne Waffen Frieden schaffen könne und Vertrauen verdiene.

Weitere Aktionen nach dem Kaukasuskrieg – zeitlich ungeordnet und nur als Auswahl – sind:

- Am 23.10.2008 berichtete das 1. russische Fernsehen über das Aussenministertreffen Russlands und Lettlands in Moskau. Russland sei bereit, im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen, strittige Fragen zur Geschichte beider Länder zu erörtern. Dazu würde der Geheimdienst FSB seine Archive für lettische Historiker öffnen. Eine ausgesprochen positive Entwicklung angesichts bisheriger spannungsgeladener Beziehungen.
- Am 21. Oktober 2008 trafen zum ersten Mal nach Amtsübernahme – auf russischen Wunsch – in Helsinki der amerikanische und der russische Generalstabschef zusammen. Die Themen waren nach einem Bericht der russischen Internetzeitung «rusland.ru» vom 22.10.2008 die Sicherheitslage in Georgien, die Zukunft der NATO und der bilateralen Beziehungen. Die Medien berichteten über eine «herzliche und offene» Atmosphäre. Beide hohen Offiziere sollen ihren Willen bekundet haben, die Beziehungen zu verbessern und an den persönlichen Treffen und Kontakten festzuhalten. Angesichts

der Aussetzung der formalen Sitzungen des NATO-Russland-Rates auf den Ebenen Botschafter aufwärts ein erfreulicher Schritt des Wiederaufbaus von Vertrauen.

- Am 27.10.2008 berichtete RIA Novosti, Ministerpräsident Putin habe sich gegen die Abschottung von der Weltwirtschaft ausgesprochen und bestätige den Kurs des Beitritts zur WTO. Letzteres hörte man im August noch völlig anders. In der gleichen Agentur äusserte Präsident Medwedew die Bereitschaft zur Lösung der globalen Finanzkrise beizutragen: weil «Russland alle aus der Weltfinanzkrise resultierenden Probleme im Alleingang nicht meistern kann».
- Mit seiner Teilnahme am Finanzgipfel der G 20 am 15.11.2008 in Washington

zeigte Medwedew den russischen Willen, an der Lösung der globalen Wirtschafts- und Finanzprobleme substantiell und konstruktiv mitzuwirken.

Dies wurde beim vielbeachteten Auftritt von Putin beim Weltwirtschaftsforum in Davos am 28. Januar 2009 bekräftigt, als er vor Protektionismus und vor Eingriffen des Staates in die Märkte warnte (übrigens eine bemerkenswerte und in Russland oft vorkommende Diskrepanz zwischen Wort und Tat – war er es doch, der z. B. den ganzen Energiesektor verstaatlichen liess).

- Am 20.10.2008 erklärte Aussenminister Lawrow gegenüber RIA Novosti, dass Russland den Appell des Irak an den UNO-Sicherheitsrat nach Verlängerung der internationalen militärischen Präsenz im Irak unterstützen werde. Anderslautende Gerüchte seien eine Provokation. Angesichts der scharfen Kritik zu Beginn der Invasion ein grosser Schritt auf die USA und ihre Verbündeten im Irak zu.
- Am 10. Dezember 2008 erklärte der russische Generalstabschef Makarow beim jährlichen Briefing in Moskau vor ausländischen Militärattachés, dass Russland fast alle 900 Kampfpanzer, stationiert in Kaliningrad, abziehen werde. Damit zeige Moskau, dass es «keine offensiven oder aggressiven Bestrebungen hege».
- Am 19.10.2008 wurde in mehreren russischen Medien Vizepremier Sergej Iwanow aus seinem letzten BBC-Interview zitiert, wonach Russland die Krim nicht zu annektieren beabsichtige und ein Umzug der Basis der Schwarzmeerflotte denkbar sei. «Russland hat keine territorialen Forderungen an keinen der postsowjetischen Staaten. Wir planen keine Kriege, keine Angriffe auf andere Länder...». Eine solche öffentliche Aussage ist in Russland ohne Genehmigung des Präsidenten (und in diesem Fall des Ministerpräsidenten) nicht denkbar. In diesem Kontext kann wohl auch die Aussage eingeordnet werden, mit der Vizepremier Iwanow für die verunsicherten westlichen Medien definitiv klarstellte, dass man trotz der zahlreichen Schiffs- und Flugzeugaktivitäten der russischen Streitkräfte im Ausland nicht beabsichtige, neue Basen in Lateinamerika und Afrika einzurichten (RIA Novosti vom 5. Januar 2009). Damit nahm er vermutlich Bezug auf russische Flottenaktivitäten im Mittelmeer, um Kuba und Venezuela.

Die Aufzählung der positiven Ereignisse und Statements liesse sich fortsetzen. Als Stichworte seien nur noch genannt: die russische Akzeptanz der EU als Vermittler im Georgienkrieg und im

Gasstreit mit der Ukraine, die ausdrückliche Bereitschaft, die Ausbeutung der Bodenschätze in der Arktis friedlich und einvernehmlich mit den Nachbarn zu lösen, die positive Aufnahme der US-Angebote zum Neubeginn in den beiderseitigen Beziehungen durch Vizepräsident Biden und Präsident Obama in den letzten Tagen, der gemeinsame, erfolgreiche Kampf russischer und westlicher Schiffe gegen Piraten am Horn von Afrika, die Erteilung der Genehmigung Ende 2008 zum Transport deutscher Militärtechnik per Eisenbahn über russisches Territorium sowie vor kurzem die Gewährung von Überflugrechten für die USA und die NATO nach Afghanistan.

Bemerkenswert war auch das Angebot von Präsident Medwedew an die USA zur Unterstützung der Mission in Afghanistan

(nach der Aufkündigung des Stützpunktes bei Bischkek besonders bedeutsam), einschliesslich des Aufbaus und militärtechnischer Hilfe für die Afghanische Armee. Hier wird in der «Komsomolskaja Prawda» vom 20. Januar 2009 über einen Brief von Medwedew auch an Präsident Karsai berichtet. Diese Aktivität war überfällig. Dies deshalb, weil sie der klaren Erkenntnis folgt, die auch der russische Botschafter bei der NATO Rogosin am 7. Februar 2009 bei «Echo Moskwy» formuliert hatte, dass ein Scheitern der NATO in Afghanistan unvermeidlich zu einer ernsthaften Bedrohung und Krieg in Zentralasien mit russischer Beteiligung gegen Extremisten und Terroristen aus Afghanistan und Pakistan führen würde. Ein ausserordentlich wichtiges Zeichen ist ferner die Zustimmung zum Vorschlag des US-Präsidenten, über eine weitgehende Reduzierung der Nuklearsprengköpfe auf beiden Seiten um rund 80 Prozent auf jeweils 1000 zu verhandeln (RIA Novosti vom 4. Februar 2009), sowie zu Gesprächen über weitere Abrüstungs- und Rüstungskontrollaktivitäten unter gemeinsamer Führung der USA und Russlands.

Ein besonders anschauliches und lehrreiches Beispiel für das Vorgehen der russischen Führung oder für den flexiblen Wechsel zwischen Bluff und Realität ist der Konflikt um den US-Antiraketenschirm, den Russland auf jeden Fall verhindern möchte.

Am 5. November 2008 hielt Präsident Medwedew im Kreml seine erste Rede zur Lage der Nation vor ausgewähltem Publikum, welche im staatlichen Fernsehen übertragen wurde. Der Aspekt, der im Westen dabei am stärksten für Aufsehen sorgte, war die Ankündigung, im Kaliningrader Gebiet moderne Kurzstreckenraketen des Typs «Iskander» (SS-26 Stone) zu stationieren, gerichtet auf die Raketen- und Radarstationen des US-Schirms in Polen und Tschechien. Die Ankündigung löste im Westen Empörung aus. Selbst Aussenminister Steinmeier, ein starker Fürsprecher der Kooperation mit Russland, sprach nach übereinstimmenden Medienberichten vom «falschen Signal zum falschen Zeitpunkt».

[6] Russische Aktivitäten nach Augustkrieg 2008

Da Medwedew in seiner Rede – wohl bewusst – weder Anzahl noch Zeitpunkt genannt hatte, nahmen westliche Medien eine zeitnahe Umsetzung an. Medwedew musste am 13. November 2008 in «Le Figaro» die Erregung im Westen dämpfen und ausdrücklich klarstellen: sollten die USA von der Stationierung Abstand nehmen, würde die russische Stationierung entfallen. Man hoffe noch auf Einsicht der USA. Trotz dieser Drohung nach altem Muster muss doch eher von Bluff gesprochen werden, zumal Fachleute (z. B. Alexander Goltz in «Moscow Times» vom 11.11. 2008) die Eignung der Raketen zum beabsichtigten Zweck bezweifeln und Russland über eine nur sehr begrenzte Anzahl dieser Systeme verfügt. Die Neuproduktion würde dagegen einige Jahre und viel Geld benötigen. Die volle Ausstattung der Truppe ist erst für 2015 vorgesehen (=120 Systeme). Der Vorgang zeigt aber den propagandistischen Charakter der präsidentialen Rede und eine in den Medien übersteigerte Furcht im Westen. Er macht aber auch deutlich, dass manches, was mit Getöse aus Moskau kommt, nicht für bare Münze zu nehmen ist.

Interessant war übrigens die weitere Entwicklung in dieser Sache. Bei seinem Auftritt in Washington am 16.11.2008 beim Council on Foreign Relations signalisierte Medwedew überraschend die Bereitschaft, den geplanten US- Raketenschild unter Umständen zu akzeptieren. «Wir haben die Chance, das Problem zu lösen, indem wir uns entweder auf ein globales (gemeinsames) Raketenschild einigen, oder zu mindest eine Lösung für die bestehenden Programme finden, die die Russische Föderation zufrieden stellen würde.» Er hoffe auf Verbesserung der angespannten Beziehungen und wolle mit den USA eine «strategische Partnerschaft».

Russland wolle in der Situation um den Raketenschild nicht eskalieren und werde nichts unternehmen, bevor Amerika den ersten Schritt tue. Das Herunterfahren der Drohung vom 5. November ist erstaunlich und erfreulich zugleich. Die Erklärung des russischen Aussenministeriums vom 30. Januar 2009 in Itar-Tass, wonach Russland auf die Stationierung verzichte, bedeutet vorläufig das Ende der Iskander Angelegenheit. Man sei dafür zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den USA in Fragen der Raketenschild bereit. Eine Aussage, die inzwischen von Vizepremier Iwanow und dem Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Auswärtiges Kossachov bei der 45. Münchner Sicherheitskonferenz bestätigt wurde.

Auf die Frage nach dem Verhältnis zur NATO, sagte übrigens Medwedew damals in Washington, auch wenn Russland über die NATO-Erweiterung nicht glücklich sei, könne dennoch eine vernünftige und offene Partnerschaft zwischen Russland und der NATO bestehen. Selbst auf die Frage, ob er Russland dereinst als Mitglied der NATO sehe, antwortete er, dies sei in absehbarer Zeit zwar unmöglich, man solle aber nie «nie» sagen. Zweifellos kann diese Aussage als Zeichen der Entspannung gesehen werden.

Natürlich gibt es auch weniger Erfreuliches zu den russischen Aktivitäten: Am 4. Dezember 2008 forderte Ministerpräsident Putin während der traditionellen TV-Fragestunde die Absetzung des georgischen Präsidenten. Auf die Frage, was mit ihm geschehen solle, verwies er in derben Worten auf das Schicksal des irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Die Aussage vom Präsident Medwedew, Teile der US-Administration (noch un-

ter Bush) seien von Paranoia befallen, war zweifellos kein Beitrag zu einem einvernehmlichen Dialog Russlands mit den USA, ebenso wenig wie die Landung russischer strategischer Bomber in Venezuela, die gemeinsamen Schiffsmanöver der Marineen Russlands und Venezuelas, die Freundschaftsbesuche des russischen Präsidenten in Südamerika und auf Kuba oder die Ankündigung von grossen Rüstungsprogrammen.

Der Befehlshaber des russischen Heeres, General Boldyrew, feierte gemäss RIA Novosti vom 29. September 2008 den Sieg über die georgischen Streitkräfte als eigentlichen Sieg über eine NATO-Armee.

Bilanziert man alles, wiegt bei aller gesunden Skepsis gegenüber dem Wort und dem Vorrang für die Tat, das Positive deutlich schwerer und ist glaubhafter als das seltsame «Schaulaufen» veralteter Flugzeuge und Schiffe, havariierter U-Boote oder das Säbelrasseln mit unzuverlässigen Raketen, unrealistischen Ankündigungen und finanziell nicht abgedeckten Rüstungsprogrammen zur Aufrechterhaltung einer Festungsmentalität im Land.

6. Einige Konsequenzen

Was folgt daraus hinsichtlich des Entscheidungsbedarfs zu Georgien nach dem Augustkrieg? Die russische Führung hat ihren Fehler erkannt. Putin und Medwedew sind verunsichert, wobei die Finanzkrise verstärkend wirkt. Sie wissen, dass sie den Westen brauchen und sie meinen es Ernst mit ihren Bemühungen um Kooperation und Partnerschaft. Dabei ist es unerheblich, ob diese Bemühungen auf eigener Einsicht beruhen, oder auf der Erkenntnis, die überzogene Stimmung in der Bevölkerung gegen den Westen (verursacht durch einseitige Schuldzuweisungen an den Westen durch die kontrollierten Medien) gefährde die Modernisierung des Landes.

Dennoch können sie aber aus ihrem Selbstverständnis heraus keineswegs Abchasien und Südossetien «freigeben». Für sie ist das eine Frage der Glaubwürdigkeit, eine, wie sie sagen, existentielle Frage.

Sie wollen aber auch verhindern, dass Georgien NATO-Mitglied wird.

Andererseits werden sie den Westen als Partner nur akzeptieren und respektieren, wenn dieser nicht einknickt – eine Lehre aus der russischen Geschichte – nach russischer Lesart, oder nach Putins Lesart eine Lehre der Jugendcliquen in den Hinterhöfen von St. Petersburg. Danach bedeutet ein Nachgeben Schwäche und Ermunterung zur Offensive. Dies wird oft von harmonie-süchtigen Politikern im Westen nicht bedacht.

Glaubwürdigkeit ist aber auch ein hohes Gut für den Westen: die Zusage von MAP (Membership Action Plan) für Georgien, wenn auch nicht terminiert, ist genauso einzuhalten, wie der Einsatz für die territoriale Integrität Georgiens. Man ist versucht zu sagen, nicht wegen, sondern trotz des heissblütigen Präsidenten. Besonders hier bietet sich die Chance, die lädierte Glaubwürdigkeit des Westens wiederherzustellen. Sie nicht zu nutzen, würde enormen Schaden verursachen – weit über Georgien hinaus.

Der Westen weiss um die sehr gefährliche Sprengkraft dieser Frage für die NATO und EU. Nicht nur von den baltischen Staaten und Polen wird der Abzug der Russen aus Abchasien und Südossetien gefordert, auch Schweden, Dänemark, Grossbritannien und USA treten stark dafür ein.

Obwohl diese Forderung nicht erfüllt ist, haben sich die EU-Staaten sinnvollerweise geeinigt (Ausnahme Litauen), die ausgesetzten Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen im Dezember 2008 wieder aufzunehmen. Einerseits ist klar, dass das Abkommen für die EU von grossem Interesse ist, allein schon wegen der Frage der Investitions- und Energiesicherheit. Andererseits verspricht man sich von den vermutlich langwierigen Verhandlungen mehr Einflussmöglichkeiten auf die aktuellen Fragen in den beiderseitigen Beziehungen. Ausserdem verhindert diese Entscheidung, dass einzelne EU-Staaten bilaterale Verträge mit Russland schliessen und so die Geschlossenheit der EU unterlaufen.

Wie gesagt: Die Entscheidung der NATO über den Beginn der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft für Georgien wird schwierig sein. Die Aussenminister der NATO-Staaten haben am 3. Dezember 2008 die Zusage der Mitgliedschaft erneut bekräftigt. Sie haben keinen Zeitplan beschlossen, allerdings Einvernehmen darüber erzielt, dass im Rahmen der NATO-Georgien-Kommission die inhaltliche Vorbereitung (Teil des MAP) beginnt. Ein durchaus zweckmässiger Kompromiss, um die heftig widerstrebenden Parteien innerhalb des Bündnisses auf Kurs zu halten.

Diese Entscheidung birgt in sich aber die Gefahr einer folgenreichen Missinterpretation durch Russland. Deshalb sollte möglichst rasch ein Zeitplan für den MAP genannt werden, unter transparenter und klarer Nennung der noch bestehenden Defizite. Warum?

Russland reagiert auf Taten, nicht auf Worte.

Es könnte sich in seiner Forderung nach Einflusszonen bestätigt und schlimmer noch ermutigt fühlen, weitere nationale Träume zu verwirklichen: z. B. auf der Krim oder in der Ostukraine. Bei allen ernstgemeinten Versicherungen der russischen Führung könnte die Versuchung ferner gross sein, «ausnahmsweise» Grenzen zu korrigieren, zumal man der Unterstützung der russischen Bevölkerung sicher wäre. Wie sagte es Medwedew mehrfach nach dem Georgienkrieg? Er würde wieder genauso entscheiden, um «Leben und Würde russischer Staatsbürger zu schützen». Und wieso erlaubt Moskau seinem NATO-Botschafter Rogosin, die Nichtzuerkennung von MAP an Georgien und die Ukraine als Akzeptanz einer russischen Einflusszone zu feiern (gemäss «Niezavisimaja Gaseta» vom 11. Dezember 2008)?

Wir sollten Russland helfen, seine friedfertigen Vorsätze umzusetzen, allerdings unter Beibehaltung der westlichen Positionen. Dazu muss der Westen Stärke gegenüber russischen Forderungen zeigen. Dies auf der Basis einer überzeugenden Geschlossenheit, strikter Wertbindung, einer deutlichen Sprache und auf der Basis klarer Antworten auf russische Forderungen. Oder wie der polnische Ministerpräsident Tusk in München bei der 45. Sicherheitskonferenz sagte: «Ohne Angst und Naivität».

Einige Konsequenzen:

- Membership Action Plan (MAP) für Georgien?
- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen EU-RUS
- Status Abchasien und Südossetien
- Debatte über Neue Sicherheitsarchitektur





[7]

Und was würde sich auf der anderen Seite durch MAP für Georgien ändern? Ist der Westen nicht bereits jetzt in der Pflicht, im Notfall zu helfen? Auch im ureigenen Interesse zum Schutz des von Russland unabhängigen Energietransits für Europa. Der Westen kann es sich nicht leisten, im Notfall nicht zu helfen, vor allem nicht nach der Einrichtung des NATO-Georgien-Rates, nach dem Angebot der «östlichen Partnerschaft» durch die EU, nach Abschluss einer strategischen Partnerschaft zwischen USA und Georgien sowie nach wiederholter grundsätzlicher Zusage der Mitgliedschaft. Die Sicherheit des Bündnisses wird gerade durch den Aufnahmeprozess erhöht, auch weil so Klarheit und Eindeutigkeit geschaffen werden. Wie sagt es der weise Nobelpreisträger Robert Aumann? «Eine wichtige Ursache von Kriegen ist die Ungewissheit über das, was die andere Seite will und welchen Preis sie dafür zu zahlen bereit ist. Abschreckung funktioniert, Beschwichtigung nicht» (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 18. Januar 2009).

Ausserdem ist, allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz, die Verweigerung eines konkreten Zeitplans de facto das Zugeständnis eines Veto-Rechts Dritter.

Das nun entstandene Sicherheitsvakuum in einer strategischen wichtigen Region muss gefüllt werden

– in unserem und in aller Interesse. Nicht auszuschliessen ist schliesslich die Gefahr, dass sich Georgien nach einem Präsidentenwechsel vom Westen abwenden und anders orientieren könnte.

[7] Einige Konsequenzen

Wie auch immer, Russland erwartet zu Recht vom Westen Klarheit, Entschlossenheit und Lösungsvorschläge, nicht eine Prägnanz des Ungefähren.

Klar, erfolgversprechend und ausgewogen wäre folgende Position: Beginn des MAP für Georgien so schnell wie möglich, aber Klärung des Status von Abchasien und Südossetien erst im Rahmen des von Präsident Sarkozy vorgeschlagenen europäischen Sicherheitspfahls im Rahmen der OSZE.^[6]

Bis dahin sollte eine provisorische Regelung für beide abtrünnige Provinzen akzeptiert werden, um sie bei der Lösung der unaufschiebbaren Probleme vor Ort in die Pflicht zu nehmen. Zu dieser Klärung zählen z.B. die Sicherheitslage, die besonders durch Südossetien beeinträchtigt wird, die Flüchtlingsfrage, die Aufrüstung der Kontrahenten, der Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe sowie die Beobachtung durch OSZE, UNO und vor allem durch die EU (letztere ist hinsichtlich der Harmonisierung von Auftrag, Mitteln und Befugnissen oder Ersatz durch internationale Friedenstruppen wegen der immer wieder stattfindenden Schiessereien und Anschläge besonders wichtig).

Bei der Statusfrage der beiden Provinzen ist es zwar ein Spiel auf Zeit, aber nur da, wo die Sache sowohl Zeit zur Reife wie auch Zeit braucht, die genutzt werden könnte, um mit grosszügiger Hilfe des Westens die Attraktivität Georgiens für die Abtrünnigen zu erhöhen. Dies dergestalt, dass am Ende wenigstens eine Konföderation oder ein Staatenbund möglich wären. EU und auch NATO würden so Geschlossenheit wahren, Glaubwürdigkeit praktizieren und sich als globale Friedensstifter profilieren. Auch für Russland wäre die Lösung tragbar, wenn sie partnerschaftlich und gemeinsam entwickelt würde. Warum eigentlich nicht mit Moskau über Georgiens Beitritt reden – allerdings bei kategorischer Ablehnung eines russischen Veto-Rechts? Beteiligung würde dem Geist der Partnerschaft besser entsprechen und bedeutet nicht zwingend Mitwirkung.

Der russische Unmut über MAP für Georgien würde sich in Grenzen halten, da er zunächst nur für «Kerngeorgien» gelten würde und weil die Frage des Beitritts der Ukraine sich durch die ukrainische Innenpolitik und Armee reform für die nächsten Monate, wenn nicht Jahre, ohnehin erübrigt hat. Dies ist selbst Äusserungen der Ministerpräsidentin (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Februar 2009) und des Parlamentspräsidenten zu entnehmen^[7]. Russland weiss auch, dass MAP nicht Mitgliedschaft bedeutet, sondern ein Mittel sein könnte, um den «dynamischen» Präsidenten Saakaschwili zu «disziplinieren» und die Gesamtlage im Land zu stabilisieren.

Die Risiken für EU dürften beherrschbar sein.

Gerade in Zeiten der Finanzkrise wird Russland nicht auf die Einkünfte aus Gas- und Erdöl-Verkäufen verzichten, andere Kunden, z.B. in Fernost sind ohnehin erst in Jahren oder Jahrzehnten erreichbar. Militärisch stellen die russischen Streitkräfte nach westlichen Massstäben keine wirkliche Gefahr dar, auch eine Erkenntnis aus dem Augustkrieg^[8]. Diplomatisch – politisch hat Russland sich bereits selbst isoliert. Zudem ist es zur Bewältigung zahlreicher innerer Probleme auf den Westen angewiesen. Und wie weit die wirtschaftlich-finanzielle Verflechtung mit dem Westen fortgeschritten ist, ist jetzt täglich im Fernsehen zu sehen und den Wirtschaftsmedien zu entnehmen.

Das Aufgreifen des russischen Vorschlags zur Diskussion einer neuen Sicherheitsarchitektur – nach der notwendigen Konkretisierung – wäre von Nutzen für alle. Die von Medwedew dazu vorgetragenen fünf Prinzipien helfen auch beim georgischen Konflikt, besonders in der Statusfrage: territoriale Integrität, Gewaltverzicht, unteilbare Sicherheit, Verbot exklusiver Sicherheitsphären und gemeinsame Abrüstung. Dabei müsste auch über die Bündnisfreiheit eines Staates, sowie über die bisherigen nicht akzeptablen russischen Postulate gesprochen werden, nämlich über Interventionsrecht für russische Staatsbürger im Ausland und über privilegierte Einflusszonen, über die Übereinstimmung von Wort und Tat, über Grundsätze und Einzelfälle, über Abrüstung und regionale Konflikte sowie über die Stärkung der bestehenden internationalen Mechanismen sowie über die Unverzichtbarkeit von NATO und OSZE.

Solche Debatten würden eine vortreffliche Gelegenheit bieten, gegenseitige Befürchtungen zu eliminieren und zu einer nicht nur behaupteten, sondern echten strategischen Partnerschaft beizutragen. Damit könnte auch der bisher vernachlässigte sicherheitspolitische Dialog in Europa wiederbelebt werden.

Hier sollte man den Bedenken des deutschen Aussenministers Rechnung tragen, der während der Münchner Sicherheitskonferenz seine Skepsis hinsichtlich eines grossen «rechtsverbindlichen Vertragswerks- mit langjährigen Verhandlungen und der ungewissen Aussicht auf Ratifizierung durch mehr als 50 Parlamente» geäussert hat. Er schlägt vielmehr vor, «jetzt zu beginnen – mit konkreten gemeinsamen Vorhaben». Hilfreich wäre es in der Tat, beide Wege zu gehen, nämlich konkrete Projekte wie Abrüstung, die Klärung der Georgien-Frage, die Energiesicherheit sowie eine grosse Konferenz zur Schaffung der Grundlagen und der Grundsätze einer neuen Sicherheitsarchitektur in Angriff zu nehmen .

Wenn man vor diesem Hintergrund betrachtet, was Russland konkret in Georgien anstrebt, hat der Westen durchaus Spielräume. Russland will die Anerkennung der beiden Provinzen, die Legitimierung seiner Militärstützpunkte, die Verhinderung der Wiederaufrüstung Georgiens und einen anderen Präsidenten in Tiflis.

Es weiss aber auch, dass es sich mit seinem Vorgehen erhebliche zusätzliche Probleme aufgeladen hat: Finanzierung des Haushalts beider Provinzen, Beseitigung der Folgen des Krieges in Südossetien sowie die Patenschaft auf internationaler Bühne über die beiden eigenwilligen Provinzfürsten. Schliesslich erweisen sich diverse Unabhängigkeitsbestrebungen einiger russischer Republiken als Pandorabüchse.^[9]

Russland kann keinen Streit mit dem Westen gebrauchen, genauso wenig wie der Westen, der vor allem wegen Afghanistan und der Iran-Frage auf Russland und einen Dialog mit ihm angewiesen ist. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass diese Aspekte und die gemeinsamen Interessen die Kompromissbereitschaft Russlands in Georgien fördern und – wichtiger noch – der Debatte um eine neue Sicherheitsarchitektur förderlich sind.

Im Grunde geht es auch hier um die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Russland und dem Westen. Dabei wäre es hilfreich, mit Legenden aufzuräumen und über die Chancen eines gemeinsamen Geschichtsverständnisses zu sprechen.

Dabei wäre ein wichtiges Thema die Diskussion der Frage, ob nicht der Zerfall der Sowjetunion, sondern ihre Entstehung die «grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts» war.

Auch die Behauptung, die NATO würde vereinbarungswidrig nach Osten vordringen, Russland umzingeln und bedrohen, bedarf der Korrektur. Nirgendwo wurde schriftlich oder vertraglich ein «Versprechen» festgehalten, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Dies war eher eine Absichtserklärung des damaligen US Aussenministers Baker, der zudem seine Aussage auf die Sowjetunion, nicht Russland, bezog. Niemand konnte Ende der 80-Jahre ahnen, dass die Sowjetunion zerfallen und dass ausgerechnet ehemalige Verbündete und ehemalige Sowjetrepubliken die NATO um Aufnahme bitten würden. Die NATO sah sich damals verständlicherweise ausser Stande, diese Anliegen auszuschlagen. Dies nicht zuletzt aus Furcht dieser Staaten vor Russland.

Von einer realen Bedrohung Russlands durch die NATO kann keine Rede sein. Ebenso wenig stellt Russland eine Bedrohung für den Westen dar. Die Osterweiterung war nicht gegen Russland gerichtet. Allein die Bindung an das Völkerrecht und die demokratischen Wesenszüge der Allianz würden solche «offensiven» Absichten ausschliessen.

Vielleicht wird Russland das erst akzeptieren, wenn es der- ein- selbst Mitglied sein wird. Eine solche Mitgliedschaft wird wegen der enorm steigenden gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen unvermeidlich sein. Denn nur ein Bündnis NATO-Plus könnte damit fertig werden. Und sucht nicht die NATO gerade jetzt ein neues Konzept, eine Neuaufstellung, wie die Reden und Diskussionen während der 45. Sicherheitskonferenz in München gezeigt haben?

Das gemeinsame oder annähernd gemeinsame Geschichtsverständnis würde der Sache der Partnerschaft ebenso helfen wie die Mässigung der gelegentlich praktizierten rhetorischen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten

Russland und der Westen sind beide ernsthaft und stark an einer strategischen Partnerschaft interessiert.

Gelingen kann diese aber nur, wenn beide Seiten ihre gegenseitigen Vorbehalte und Vorurteile überwinden und die Besonderheiten und Grenzen des jeweils anderen akzeptieren. Wenn der Konflikt um Georgien dazu verhelfen würde, hätte der leidvolle Augustkrieg auch sein Gutes. Mit gutem Willen und Pragmatismus können konkrete Fortschritte erzielt werden.

Letztlich kann Russland durch gutnachbarschaftliches Zusammenwirken bei der Lösung des georgischen Problems nur gewinnen. Wie der Westen und die leidgeprüften Völker des Kaukasus auch.

Der Weg wäre dann frei zur Verwirklichung jener Absicht, die Präsident Sarkozy am 8. Oktober 2008 in Evian gegenüber Präsident Medwedew formuliert hat, als er sagte: «Europa möchte, dass Russland stark ist. Die Geschichte unseres Kontinents lehrt uns, dass ein guter Nachbar ein glücklicher Nachbar ist».

Man möchte ergänzen: Stark ja, aber nicht gefürchtet, vielmehr ein verlässlicher und tatkräftiger Partner im Kampf gegen gemeinsame Herausforderungen und Bedrohungen.

Insgesamt ist Zuversicht angebracht, dass sich Russland trotz aller kritischen Vorbehalte derzeit in diese Richtung zu bewegen scheint.

-
- [6] Schon um den Verdacht auszuräumen, die neue Sicherheitsarchitektur würde überflüssig sein, wäre die OSZE der richtige Rahmen. Sollte dies wegen zu grosser Differenzen und Vorbehalte, wie es an der Sitzung am 5.12.2008 den Anschein machte (FAZ vom 6.12.2008), nicht möglich sein, wäre auch eine neue Konstellation unter Teilnahme von EU, NATO, GUS und SCO denkbar (Shanghai Cooperation Organisation).
- [7] Ein NATO-Beitritt der Ukraine würde Russland empfindlicher treffen als ein solcher Georgiens. Die geschichtliche, gesellschaftliche und kulturelle Verbundenheit zwischen Russland und Ukraine ist erheblich stärker ausgeprägt. Ein grosser Teil der Bevölkerung orientiert sich nach Russland und lehnt z. Z. den NATO-Beitritt ab.
- [8] Nur 17 % der Einheiten der russischen Streitkräfte sind einsatzbereit – sagt der Vorsitzende des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates Oserev nach dem Vortrag des Generalstabschefs, gemäss einem Bericht des «Kommersant» vom 15.11.2008. Deshalb sei eine grosse Reform notwendig. Gerade die Einsatzerfahrungen im Augustkrieg waren nach Meinung des russischen Generalstabes ein Katalysator für die Reform der Streitkräfte. Dort habe man Mängel in Struktur, Ausrüstung und Bewaffnung festgestellt, so z. B. bei Navigation, Aufklärung, Eloka und Präzisionswaffen gemäss einem Bericht des TV-Nachrichtensenders NTW vom 23.11.2008.
- [9] Die zirka 20 nicht slawischen Republiken der Russischen Föderation hatten schon immer Probleme mit der Zentralgewalt. Die Anerkennung von Abchasien und Südossetien als selbständige Staaten dürfte nun die zentrifugalen Kräfte noch verstärken und Moskau erhebliche Probleme bereiten. Das gilt insbesondere für Tatarstan und Tschetschenien, aber auch für die bereits von Gewalt geprägten Republiken von Dagestan und Ingoschetien.